

Aufbruch Thüringen.

Nur mit uns!

Landeskonzferenz 2008

Beschlussbuch

Beschlüsse der Landeskonzferenz 2008, 14.09.2008, Eisenach

Beschlüsse des Landesausschusses vom 10.01.2009

(Beschlussfassung über Anträge B5, B8, B10, B11, B12 durch die Landeskonzferenz auf den Landesausschuss übertragen)

Inhaltsverzeichnis

ARBEITSPROGRAMM

A1 >	Aufbruch Thüringen. Nur mit uns!	3
------	---	---

SOZIALES / WIRTSCHAFT

B1 >	Hartz IV überarbeiten	11
B3 >	Wiedereinführung der Vermögenssteuer	11
B5 >	Aufbruch für die Pflegeberufe	11
B8 >	Stärkung von JAVen im öffentlichen Bereich	13
B10 >	Stadtumbau Ost über das Jahr 2009 fortsetzen	13
B11 >	Kein weiterer Neubau von Hochspannungsleitungen durch den Thüringer Wald	13
B12 >	Eindeutige Kennzeichnung von Produkten, deren Produktion und Entwicklung auf Tierversuchen, nicht artgerechter Haltung oder umweltschädigenden Bedingungen basiert	14
B14 >	Besteuerung von Biodiesel zurücknehmen	14
B15 >	Soziale Steuerpolitik	16
B16 >	Verstaatlichung des Hochspannungsnetzes	18
B17 >	Auszubildende gerecht bezahlen	19

BILDUNG

C1 >	Konzeption Bewerbertraining	21
C2 >	Auslobung Ausbildungspreis	21
C3 >	Erfurt als eigenständiger Hochschulstandort von Universität und Fachhochschule	21

DEMOKRATIE, GESELLSCHAFT

D1 >	SozialdemokratInnen sind nicht rückwärts gewandt!	22
D2 >	Rückbesinnung auf die Verbundenheit mit den Gewerkschaften!	22
D3 >	„Ich bin keinE TerroristIn!“	22
D4 >	Geschlechteremanzipationspapier der Jusos Thüringen	23
D5 >	Mehr Rechte für Väter	26
D8 >	Prävention statt nächtlichen Alkoholverbotes	26
D9 >	Kondensstreifen: Ja bitte, aber nur in Farbe!	27

ORGANISATORISCHE ANTRÄGE

E2 >	Kapitalismuskritische Debatte bei den Jusos Thüringen	28
E3 >	Kommunalpolitik im Fokus jungsozialistischer Politik	28

INITIATIVANTRÄGE

I.1 >	KSK erhalten!	29
I.2 >	Keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf Thüringer Äckern!	29

ARBEITSPROGRAMM

A1 > **Aufbruch Thüringen. Nur mit uns!**

1. Grundsätzliches

Die nächste Legislatur des Juso-Landesverbandes wird von Aufbrüchen gekennzeichnet sein. Für die Auseinandersetzung mit der CDU und anderen konservativen Kräften auf allen politischen Ebenen, benötigen wir einen langen Atem und einen gut aufgestellten Verband. Wir wollen als Jusos mithelfen, die CDU abzulösen und eine neue Reformkoalition zu unterstützen. Sollte dieses Projekt angegangen werden, werden wir weiterhin kritisch loyal zur SPD sein.

Die Jusos Thüringen müssen aber auch Chancen einer gesellschaftlichen Bewegung nutzen und jungen Menschen aufzeigen, dass sie bei den Jusos am besten aufgehoben sind, wenn sie linke und fortschrittliche Politik machen möchten.

Dazu benötigen wir aktive Strukturen. Instrumente wie der Juso-Landesausschuss und die Mitgliederversammlung haben uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Mitglieder sind bereit, sich aktiv zu beteiligen und über ihre Kreisgrenzen hinaus Verantwortung zu übernehmen. Diese positive Grundstimmung muss um jeden Preis gehalten werden. Besonders im Superwahljahr 2009 muss alles daran gesetzt werden jede und jeden zu erreichen und mitzunehmen. Denn, noch immer gibt es in Thüringen Regionen, in denen wir nicht aktiv vertreten sind. Hier müssen wir endlich verstärkt aktiv werden!

Die nächsten Legislatur wird geprägt sein von Wahlauseinandersetzungen und gesellschaftlichen Bewegungen einerseits und einer Aktivierung des Verbandes andererseits. Diese Um- und Aufbrüche werden wir mitgestalten und mitbestimmen.

Verhältnis zur SPD

Das Verhältnis zwischen Jusos und Partei ist von kritischer Loyalität geprägt. Wir wissen, dass wir Teil der sozialdemokratischen Bewegung sind, die wir allerdings weiter fassen und über die Parteigrenze hinweg sehen. Durch gewachsenes inhaltliches Know How haben wir einen hohen Stellenwert in der Thüringer Partei. Doch bestimmte Entscheidungen, wie die Zustimmung zur Lockerung des Landesschlussgesetzes oder den weitest gehend unkritischen Umgang mit der Politik der Großen Koalition tragen wir nicht mit. Das haben wir auf Parteitagen und in der Öffentlichkeit deutlich gemacht.

Wir können selbstbewusst sagen, dass wir klare Kante in der Auseinandersetzung mit der Partei gezeigt haben, aber ihr nie in den Rücken gefallen sind. Diesen Kurs werden wir weiterführen.

BündnispartnerInnen in Thüringen

Wir sind stolz, dass auch mit unserem Engagement die Verbände der Arbeiterjugendbewegung in Thüringen freundschaftlich zusammenarbeiten. Mit gemeinsamen Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten werden wir das Verhältnis weiterhin stärken. Verlässlicher Partner werden wir im Landesjugendring sein, wo wir die Grundsätze der pluralen, demokratischen und selbst bestimmten Jugendverbandsarbeit verteidigen werden. Über den Beethovenkreis hinaus, werden wir themenbezogen mit weiteren gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. „Problematische“ Gruppen wie die Antifa sind für uns kein Tabu.

Juso-Kultur

In den neuen Bundesländern wächst die berühmte Juso-Kultur langsam aber stetig. Gemeinsame Erlebnisse stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl und motivieren auch, mal lange Sitzungen zu „überstehen“. Wir werden dazu das „Auftaktwandern“ mit Seminaren zur Geschichte der Jusos sowie Liederworkshops erneut anbieten. Außerdem gilt der Grundsatz möglichst zweitägige Veranstaltungen zu organisieren. Bei den Jusos geht man zwar durch eine harte Schule, sie muss aber nicht so hart sein wie bei der Partei!

2. Verbandsstruktur

Juso-Landesausschuss

Der Juso-Landesvorstand hat die Entstehung des Juso-Landesausschusses (LA) aktiv begleitet und verfolgt. Es wurde ein lebendiges Gremium geschaffen, in dem sich die Kreisverbände aktiv austauschen und einmischen können und es besteht reger Informationsfluss mit dem Landesvorstand. Der LA wird weiterhin unterstützt und in die Arbeit des Landesvorstandes einbezogen. Wir appellieren aber auch: Wer mitreden und mitbewegen will, muss sich aktiv einbringen!

Mitgliedervollversammlung

Mit der Mitgliedervollversammlung haben wir es geschafft, ohne Delegiertenschlüssel und strikte Vorgaben und nur mit vier Themenfeldern, über 100 Jusos zu mobilisieren. Wir werden das Konzept der Mitgliedervollversammlung weiter ausreifen lassen und diese regelmäßig durchführen. Dabei sollen sie zum einen dem Wachsen der Juso-Kultur und dem regelmäßigen grundsätzlichen Austausch aller Mitglieder dienen.

Arbeitskreise

Die Arbeitskreise treffen sich einmal im Monat und werden neben den SprecherInnen auch vom Landesvorstand betreut. Hier findet die regelmäßige Entwicklung von Positionen statt. Wir werden erneut mindestens zwei Arbeitskreiswochenenden durchführen, auf dem sich die verschiedenen Akteure austauschen und eventuell inhaltliche Überschneidungen diskutieren können.

Folgende Arbeitskreise existieren:

- Wirtschaft und Soziales
- Bildung
- Internationales
- Geschlechterpolitik
- Kommunales
- Rechtsextremismus

Patenschaften

An der Zielstellung der Patenschaften werden wir festhalten, allerdings wird das Verfahren überdacht. Nicht nur Landesvorstandsmitglieder sollen in die Pflicht genommen werden, sondern auch die Kreisverbände. Wir Jusos in Thüringen haben eine ganze Reihe gut funktionierender Verbandsstrukturen, auf die wir stolz sein können, und wir fordern diese auf, für andere Kreisverbände aktive "Aufbauhilfe" zu leisten. Jedes Landesvorstandsmitglied erhält ein bis zwei Betreuungskreisverbände, die er/sie regelmäßig besucht und aktuelle Bedürfnisse behandelt.

Verbandsschule

Der Aufbau einer Verbandsschule ist uns in der Vergangenheit nur teilweise geglückt. Dabei müssen neben der inhaltlichen Weiterentwicklung stets auch die methodischen Kompetenzen im Blick gehalten werden. Wir streben eine gezielte Personalentwicklung an, in der wir Kompetenzen vermitteln, die neben Grundqualifikationen wie Rhetorik und Projektmanagement auch Horizonte in einzelnen Politikfeldern erweitern und die Mitglieder mit den Grundsätzen der Jusos vertraut machen.

Hierbei strebt der Landesverband eine Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen und anderen Landesverbänden an und beteiligt sich am Aufbau einer Verbandsschule der ostdeutschen Landesverbände.

In jedem Fall wird ein Seminar zur Erinnerungskultur angeboten und die Qualireihe, zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, fortgesetzt. Auch die Durchführung von Verbandswochenenden, bestehend aus einer Mischung methodischer und inhaltlicher Seminare, wird angestrebt. Darüber hinaus sollen fertige Seminarkonzepte genutzt werden, um sie in das Konzept der Verbandsschule zu integrieren.

Mitgliederwerbung und -bindung

Grundsätzlich verbleibt die Aufgabe der Neumitgliederwerbung und -betreuung bei den Kreisen. Der Juso-Landesverband soll hier aber unterstützend wirken.

Neue Mitglieder werden vor allem durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten geworben. Sie zu binden soll unser Hauptaugenmerk finden. Dabei sollen mindestens zwei Neumitgliederseminare im Jahr helfen, die über unsere Verbandsstruktur informieren und Grundsätze der Jusos vermitteln, sowie Möglichkeiten der Mitarbeit eröffnen. Diese Informationen soll auch eine Neumitglieder-Infobroschüre enthalten.

Daneben wird der Landesverband den Aufbau des Mentoringprogramms mit der AsF weiter unterstützen und daraus gewonnenes Know How nutzen, um geschlechterübergreifende Mentoringprogramme auch in den Kreisverbänden zu initialisieren.

Wichtigstes Instrument der Mitgliederbindung ist aber die kontinuierliche Arbeit des Landesverbandes und der Kreisverbände. Langfristige Veranstaltungsplanungen und Transparenz der Arbeit sowie zahlreiche Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder sind dafür notwendig.

3. Inhaltliche Schwerpunkte

Bildung

Frühkindliche Bildung

Um eine frühe Sozialisation außerhalb der Familie erreichen zu können, und das schon im Kindesalter, kämpfen die Jusos Thüringen für eine Kindergartenpflicht. Für uns Jusos ist nicht nachvollziehbar, dass Menschen schon so früh benachteiligt werden. Das wollen wir ändern.

Innerhalb der Bevölkerung aber auch unserer Partei gibt es noch viele Menschen, die der Meinung sind, wir würden ihnen die Kinder wegnehmen. Dem ist jedoch nicht so. Wir forcieren, gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, das Ziel, dass jeder Mensch die besten Chancen für eine freie Entfaltung hat und das schon im Kindesalter. Nur wer frühe Förderung erfährt, kann das Meiste aus sich herausholen – wir wollen den bestmöglichen Start ins Leben erreichen.

Mit der Kindergartenpflicht wollen wir den Menschen jedoch nicht vorschreiben, in welchen Kindergarten sie ihr Kind bringen müssen, sondern die Vielfalt der Betreuungsangebote mit einbeziehen. Kinder wachsen individuell auf und haben unterschiedliche Bedürfnisse. Auf diese einzugehen ist unsere Aufgabe.

In den nächsten Jahren müssen wir uns stärker mit der Finanzierbarkeit und somit mit der Umsetzung auseinandersetzen. Wir werden, mit verschiedenen Aktionen, Veranstaltungen und Informationsabenden, die Menschen in Thüringen dafür sensibilisieren, dass die Kindergartenpflicht nicht bedeutet, dass wir Ihnen die Kinder „wegnehmen“ möchten, sondern dass wir für das Wohl der Kinder eintreten.

Gemeinschaftsschule

Die Jusos Thüringen stehen zur Gemeinschaftsschule mit Ganztagsangebot bis zur 10. Klasse. Dafür werden wir auch innerhalb der SPD stärker kämpfen – welche bisher eine Gemeinschaftsschule bis zur 8. Klasse fordert. Dies ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, er reicht uns aber noch nicht aus.

Die Argumentation der SPD ist, dass gemeinsames Lernen bis Klasse 10 nicht möglich sei, da die Abiturphase 3 Jahre umfasst und durch unsere Forderung die Schulzeit für AbiturientInnen 13 Jahre betragen würde. Diese Begründung teilen wir jedoch nicht.

Wenn wir uns zur Aufgabe machen das Schulsystem grundlegend zu ändern, bedeutet dies für uns auch, dass alte Muster nicht unantastbar sind. Bei der Umgestaltung des Bildungssystems geht es nicht nur um eine Namensänderung, sondern um eine grundsätzliche Verbesserung und Anpassung an die heutigen Voraussetzungen und Bedürfnisse. Dazu gehört auch die Überarbeitung der Lerninhalte und Strukturen, zum Beispiel der Zeitpunkt der Einführung einer zweiten Fremdsprache, der Umbau der Abiturphase und die Überarbeitung der Vermittlung von Lerninhalten.

Um unserer Forderung des gemeinsamen Lernens bis zur 10. Klasse auch innerhalb der SPD Nachdruck zu verleihen, werden wir verstärkt mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) zusammenarbeiten. Gemeinsam werden wir dafür eintreten, dass die Gemeinschaftsschule mit Ganztagsangebot im Regierungsprogramm verankert sein wird. Innerhalb der nächsten Landtagslegislatur werden wir die Umsetzung des neuen Schulsystems anpacken – damit endlich niemand mehr hinterherläuft.

Rechtsextremismus

Gemeinsam mit der SPD haben wir vier Wahlkämpfe zu bestreiten, in denen wir die ThüringerInnen mit unseren Vorstellungen für eine gerechte, solidarische und freiheitliche Politik überzeugen wollen. Hier scheuen wir die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien nicht. Doch erwartet uns neben dem inhaltlichen Widerstreits mit den demokratischen Parteien auch der Kampf gegen den Einzug von Nazis in den Thüringer Landtag. Um hier erfolgreich bestehen zu können, müssen wir bereits heute im Landes- und in den Kreisverbänden die ersten Anstrengungen unternehmen.

Der Landesvorstand wird gemeinsam mit dem Landesarbeitskreis Rechtsextremismus die Kampagnenfähigkeit sicherstellen. Hierzu gilt es, die vorhandenen Materialien zu sichten, ihren Erfolg zu bewerten und neue zu entwerfen. Diese Materialien sollen dann die Kreisverbände bei ihrer Arbeit unterstützen.

Zweitens gilt es, die Vernetzung und Kooperationen mit unseren Bündnispartnern und dritten demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen auszubauen. Die Jusos Thüringen werden sich hier der landesweiten und von vielen Parteien, Vereinen und Initiativen getragenen Kampagne anschließen und diese aktiv mit vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern das Projekt „Endstation rechts“ aus Mecklenburg-Vorpommern für Thüringen übernehmen. Hier werden wir mit Unterstützung der SPD eine Internetplattform schaffen, die tagesaktuell und zielgruppenadäquat über rechte Umtriebe informiert, für die Problematik sensibilisiert und so einen nachhaltigen Beitrag dazu leistet, Nazis in den Parlamenten zu verhindern.

Im Bereich Inneres wird der Landesarbeitskreis die Themen Migration und Innere Sicherheit für die Auseinandersetzung im Wahlkampf aufbereiten und Materialien für die Kommunikation unserer Positionen erarbeiten.

Ausbildung

Das Thema „Ausbildung“ wird ein Schwerpunktthema des Juso-Landesvorstandes. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz für den Erhalt des dualen Ausbildungssystems und die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, sondern auch um die Auseinandersetzung mit Grundfragen, zu denen noch keine Beschlusslagen vorhanden sind.

Im Kampf um einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn wird die Lohnungleichheit in den unterschiedlichen Ausbildungsberufen häufig nicht beachtet. Gerade in solchen Berufen, in denen mehrheitlich Frauen beschäftigt sind, werden nur weit unterdurchschnittliche Ausbildungsvergütungen gezahlt. Dieser Zustand ist für uns Jusos als feministischer Richtungsverband nicht akzeptabel und mit unserem Gerechtigkeitsgedanken nicht zu vereinbaren. Auch Auszubildende müssen ein menschenwürdiges Auskommen haben. Dabei ist jedoch zu beachten, dass Auszubildende für Unternehmen keine ArbeitnehmerInnen mit voller Wertschöpfung sind und die Forderung nach einer Mindestausbildungsvergütung in Höhe des Mindestlohns möglicherweise nicht realisierbar wäre. Dieser Widerspruch soll durch die inhaltliche Arbeit des Landesvorstandes aufgelöst werden, insbesondere durch die Betrachtung der Einführung eines elternunabhängigen BAföG für Auszubildende in Kombination mit einer Mindestausbildungsvergütung.

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung darf die Zusammenarbeit mit unseren BündnispartnerInnen nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere Informationen zu Übernahmequoten, individuellen Ausbildungssituationen, der Rolle der Jugendauszubildendenvertretungen und Jugendarbeitsschutz

sind ohne die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsjugendlichen schwer zu erhalten. Wir werden uns gemeinsam mit ihnen für eine Verbesserung der jeweiligen Ausbildungssituationen stark machen und mit Jugendauszubildendenvertretungen in Kontakt treten.

Kinder- und Jugendpolitik

Dieser Bereich ist für uns Jusos eine Querschnittsaufgabe. Im Leitpapier der SPD wurden durch unsere Anträge wichtige jugendpolitische Forderungen manifestiert. Hieran müssen wir anknüpfen und dafür sorgen, dass Konzepte für eine gute Jugendverbands- und Sozialarbeit ebenso wie die Förderung von Jugendkultur Bestandteil des Wahlprogramms werden.

Ein zentrales jugendpolitisches Thema der Jusos Thüringen ist „Mitbestimmung“. Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass durch offene und projektbezogene Partizipationsmöglichkeiten, Kindern und Jugendlichen ein tatsächliches Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen gewährleistet wird. Mitbestimmung bedeutet aber nicht nur Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Für uns Jusos ist Mitbestimmung auch ein wichtiger Grundsatz der Jugendarbeit. Sowohl Jugendverbandsarbeit als auch offene Angebote leben von der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Wir werden uns deswegen zentral mit dem Landesjugendförderplan und der Jugendpauschale auseinandersetzen.

Auch die Kommunalpolitik wird nicht zu kurz kommen. Gemeinsam mit unseren KooperationspartnerInnen aus der Jugendverbandsarbeit werden wir kommunalpolitische Leitlinien entwerfen und an die SPD vermitteln.

4. Wahlkampf

Für Jusos ist der Spagat zwischen Jubeltruppe und selbstbewusstem eigenständigen Jugendverband schon immer ein schweres Diskussionsthema. 2009 allerdings müssen wir geschlossen und selbstbewusst als Jusos für die SPD kämpfen. Wir werden zielgruppenspezifische Themen setzen, Schnittmengen mit der SPD heraus filtern und gegen die konservativen Parteien polarisieren.

Hauptthemen werden sein:

- Hochschul- und Ausbildungspolitik
- Rechtsextremismus
- Jugendverbandsarbeit, offene Jugendarbeit

Für unsere WahlkämpferInnen wird es einheitliche Materialien, Give aways und Kleidung geben. Der Landesverband koordiniert dies über sein Büro. Mit unserem Wohnwagen und den Roten Bussen werden wir eine Sommertour organisieren, die mit Eis, Party und guter Laune unsere inhaltlichen Schwerpunkte vermittelt.

Um am Stand und bei den Diskussionen nicht ängstlich und „ahnungslos“ da zu stehen, werden wir ein Wochenend-Wahlkampfseminar anbieten. Hier werden die Mitglieder rhetorisch und inhaltlich geschult. Für diejenigen, die nicht daran teilnehmen können, wird ein Leitfaden entwickelt.

5. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Über die Öffentlichkeitsarbeit des Landesvorstandes präsentieren sich die Jusos nach außen. Sie ist damit nicht nur Sprachrohr des Verbandes in Richtung Öffentlichkeit und Partei, sondern stellt auch wichtigstes Instrument der Mitgliederwerbung dar.

Durch Pressemitteilungen, Presseerklärungen und gegebenenfalls Pressegespräche wirbt der Juso-Landesverband für seine Positionen, reagiert auf tagespolitische Gegebenheiten und kündigt eigene Veranstaltungen an und wertet sie aus.

Jedes Landesvorstandsmitglied ist gehalten, die Tagespolitik im eigenen Aufgabenbereich zu beobachten, um aktuelle Stellungnahmen zu ermöglichen. Diese werden nach Rücksprache mit dem Landesvorstand veröffentlicht.

Außerdem sollen Publikationen zu den unterschiedlichen Politikfeldern die Öffentlichkeitsarbeit stützen. Auch hier sind die Verantwortlichen in den jeweiligen Aufgabenbereichen gefragt.

Durch eine Homepage im neuen Design und verschiedenen Rubriken für unsere Selbstdarstellung, Kreisverbände, Arbeitskreise, etc. präsentiert sich der Juso-Landesverband stets aktuell für alle Interessierten.

Zu der kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit sollen mindestens zwei Kampagnen gestartet werden, mit deren Hilfe wir unsere Inhalte vor allem in Wahlkampfzeiten präsentieren. In Vorbereitung darauf sollen alle Arbeitskreise zu den jeweiligen Kampagnenthemen arbeiten. Auch der Landesausschuss und die Kreisverbände werden sich aktiv an den Kampagnen beteiligen und an der Erarbeitung entsprechender Materialien mitwirken.

6. Juso-Bundesverband

Der Juso-Bundesverband ist für uns bedeutender Akteur der Parteilinken auf Bundesebene. Als Ausrichter des nächsten Bundeskongresses haben wir die Möglichkeit, die Stellung unseres Landesverbandes auf Bundesebene weiter zu stärken. Unsere Bundeskongressdelegation wird uns dort qualitativ gut vertreten und den reibungslosen Ablauf des Kongresses sicherstellen. Daneben unterstützen wir die Arbeit unseres Bundesvorstandsmitglieds inhaltlich und beteiligen uns an Angeboten und Kampagnen des Bundesverbandes. Wir zeigen Präsenz im Bundesausschuss und vertreten dort die Positionen des Landesverbandes.

Außerdem wirken wir durch unsere VertreterInnen in den Perspektivprojekten an der Entwicklung der bundespolitischen Positionen mit.

Auch im Ostgipfel zeigen wir Präsenz und wirken aktiv an der erfolgreichen Zusammenarbeit der ostdeutschen Landesverbände mit. Inhaltlich verorten wir uns als Landesverband bei den Traditionalisten, die für uns keine Strömung innerhalb des Bundesverbandes darstellen, jedoch zu großen Teilen die gleichen Interessen teilen. Wir sind uns bewusst, dass die Tatsache im Landesverband noch nicht ausreichend kommuniziert wurde und werden dazu eine Diskussionsprozess anstoßen.

7. Alle machen mit!

Einen Aufbruch kann man nicht von oben herab diktieren. Er muss von allen Mitgliedern getragen und ausgestaltet werden. Kollegiales und diskussionsfreudiges Miteinander, Professionalisierung und ein gut strukturierter Verband sind Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf und erfolgreiche Politik darüber hinaus. Dazu müssen alle mitmachen. Der Landesverband wird sein bestes dafür tun, damit das möglich ist.

SOZIALES / WIRTSCHAFT**B1 > Hartz IV überarbeiten**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich noch einmal mit dem Arbeitslosengeld II, dem sogenannten Hartz IV auseinanderzusetzen und Änderungen in folgenden Bereichen vorzunehmen:

- Die Zuwendungen Dritter für Kinder dürfen nicht auf den Hartz IV – Satz der Eltern angerechnet werden.
- Die Regelsätze für Kinder von Hartz IV Empfängern sollen angehoben werden.
- Das Einkommen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen darf innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft nicht auf den Hartz IV Satz der Eltern angerechnet werden.

B3 > Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Die Thüringer SPD wird aufgefordert, auf allen Ebenen Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, die Vermögenssteuer auf der Basis neuer Bemessungsgrundlagen wieder einzuführen.

B5 > Aufbruch für die Pflegeberufe

Im Freistaat Thüringen leben zurzeit ca. 2,289 Millionen Menschen, davon sind ca. 465.000 Personen über 70 Jahre alt. Zum Vergleich leben in Thüringen nur 297 Tausend Menschen unter 18 Jahren. Schon heute sind min. 67.000 Menschen von Pflegekräften abhängig. Betrachtet man die demografische Entwicklung, so wird die Gruppe der Pflegebedürftigen zunehmen, während die Gruppe der Personen, die die Pflegeleistung erbringen könnten, abnimmt.

Im Vergleich mit anderen EU-Staaten befindet sich die Professionalisierung der Pflege in der Bundesrepublik nach ganz am Anfang. Als die EU-Erweiterung beschlossen wurde, mussten die neuen Mitgliedsländer einen bestimmten Ausbildungsstand in den Pflegeberufen erfüllen. Dieser entsprach dem Level der meisten Mitgliedsstaaten – und obwohl auch Deutschland entsprechende Auflagen forderte, ist die Bundesrepublik das einzige Land, das die Forderungen nicht vollständig erfüllt.

Doch in Thüringen ist die Situation noch rückschrittlicher. Nach jahrelangen Verhandlungen wurde ein neues Krankenpflegegesetz beschlossen, in dem die Verantwortung der Ausbildung den Krankenpflegesschulen übertragen wurde. Die Landesregierung hat darauf hin die „Thüringer Schulordnung für die Pflegeberufe“ beschlossen, die genau diesen Fortschritt zunichte machte. Zwar liegt laut dieser Ordnung die Verantwortung der Ausbildung bei den Schulen, doch ist es der Arbeitgeber, der die Entscheidungen trifft.

Die Große Koalition hat begonnen, zum Beispiel durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, den Pflegeberufen mehr Kompetenzen einzuräumen. Bundesländer wie Bremen haben in der Zwischenzeit Berufsordnungen beschlossen. Nordrhein-Westfalen plant den Aufbau einer Hochschule für Gesundheitsberufe, die ein ähnliches System hat, wie sie in Thüringen an allen Ausbildungsstellen der Normalfall ist.

In der Verantwortung gegenüber den Pflegebedürftigen fordern die Jusos:

1. Eine Berufsordnung für Pflegeberufe: In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Pflegerat (DPR) und mit den Erfahrungen aus den Bundesländern, die schon Berufsordnungen erlassen haben, soll eine Berufsordnung diskutiert und beschlossen werden.
2. Die Entwicklung einer Selbstverwaltung: Die Bundesrepublik Deutschland gehört weltweit zu den wenigen Staaten, die keine Selbstverwaltung für Pflegeberufe hat. Während auf EU-Ebene bereits die Diskussion über eine einheitliche Selbstverwaltung schon begonnen hat, argumentieren die deutschen Politiker, dass eine „Kammer“ nicht mehr zeitgemäß ist. Gleichzeitig führen sie aber eine Selbstverwaltungsstruktur für Psychologen und Psychotherapeuten ein.

Während die Pflegeberufe als einzige Berufsgruppe im Gesundheitswesen bundesweit einheitliche Standards zur Versorgung der Bevölkerung entwickeln, werden Tätigkeiten, die jahrelang zum Arbeitsbereich der Pflege gehörten, an die Ärzte (und von dort an die ArzthelferInnen) delegiert.

Bis heute gibt es keine rechtlichen Vorgaben, welche Tätigkeiten die Pflegekräfte durchführen dürfen. Dies hat zur Folge, dass selbst Pflegehilfsmittel (z.B. Binden) von Ärzten verschrieben werden müssen.

Ein anderes Problem wurde von Seiten der pflegerischen Berufsverbände schon mehrmals an die Politik erfolglos herangetragen: Der Qualifikationsstand der Pflegekräfte. Auch dieser muss durch eine Selbstverwaltung berufsintern verbessert werden.

3. Die Reform der Ausbildung: Die Krankenpflegeausbildung fand traditionell an Krankenpflegeschulen statt, die wiederum an Krankenhäusern angeschlossen waren. Während diese Struktur in vielen Bundesländern erst überwunden werden muss, gibt es in Thüringen unabhängige Pflegeschulen, die die Theorie der verschiedenen Pflegeberufe unabhängig unterrichten. Kurz vor der Wiedervereinigung hatte man diese Schulen zu Hochschulen umfunktioniert, da im internationalen Vergleich die beiden deutschen Staaten zu den letzten gehörten, die noch an dem alten System festhielten. So wurde für eine kurze Zeit die Berufsausbildung zu einem Studium. Mit der unreflektierten Übernahme aller BRD-Gesetze wurden die Hochschulen wieder zu Krankenpflegeschulen – wenn auch nicht in der bis dahin bekannten Struktur.

In den meisten Bundesländern werden die krankenhaus- bzw. altenpflegeheim-spezifischen Pflegeschulen zusammengelegt, um den Ansprüchen einer qualitativ hochwertigen Ausbildung zu leisten.

Die „Thüringer Schulordnung für die Pflegeberufe“ muss umgehend ausgesetzt werden. Die pflegerischen Berufsschulen müssen sich, im Rahmen des Bundesrechts, selbst Verwalten können.

Um eine Vereinbarkeit zwischen Ausbildung und Familie zu garantieren, kann die Ausbildung innerhalb der bundesrechtlichen Vorgaben in Teilzeit absolviert werden.

Im deutschen Gesundheitssystem hat die Pflege einen wichtigen Stellenwert. Doch wird in vielen Bereichen versucht, fehlende Qualität durch Quantität zu kompensieren. Die Entwicklungen des demografischen Wandels zeigen eindeutig, dass dieses System nicht mehr lange funktionieren kann – beziehungsweise in bestimmten Bereichen jetzt schon nicht mehr funktioniert.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Pflege heute immer noch eine Berufsverweildauer von weniger als 10 Jahre hat (resultierend aus der Tatsache, dass zum einen eine Arbeit wird, die mit der eines Metallarbeiter am Hochofen vergleichbar ist, die mangelnden Aufstiegschancen und geringe Entscheidungsbefugnisse), müssten von jedem Jahrgang weit über 5% der Bevölkerung in Pflegeberufen ausgebildet werden.

B8 > Stärkung von JAVen im öffentlichen Bereich

Die Jusos Thüringen treten für eine Änderung der Altersbeschränkung in § 58, Absatz 2 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes ein. Die Altersbeschränkung soll auf das 27. Lebensjahr heraufgesetzt werden.

Die Jusos Thüringen treten für eine Änderung der Beschäftigtenzahl in § 59, Absatz 1 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes ein. Die Beschäftigtenzahl soll auf 3 herabgesetzt werden.

Ein entsprechender Anträge werden dem SPD-Landesparteitag vorgelegt.

B10 > Stadtbau Ost über das Jahr 2009 fortsetzen

Trotz des enormen Erfolges des Stadtbau Ost in den ostdeutschen Städten ist der Umbauprozess bis zum Ende der Förderperiode 2009 nicht abgeschlossen. Auch in den kommenden Jahren werden die Städte durch Bevölkerungsrückgang, Abwanderung ins Stadtumland weiteren erheblichen Leerstand von Wohnungen und Infrastrukturfläche verkraften müssen. Ohne ein weiteres Konsolidierungsprogramm würde es zu einem erheblichen Leerstand des Wohnraumes mit den verbundenen Mehrkosten für die Städte kommen. Daher fordern die Jusos Thüringen auch über das Jahr 2009 hinaus den Stadtbau Ost weiter zu fördern und somit den Städten in den neuen Ländern eine nachhaltige Zukunft zu geben.

B11 > Kein weiterer Neubau von Hochspannungsleitungen durch den Thüringer Wald

Der Neubau der geplanten 380-kV-Trasse von Halle nach Schweinfurt ist zu verhindern. Vattenfall kann weder die Sinnhaftigkeit, noch den Nutzen für die Bevölkerung klar heraus stellen. Die Trasse, soll laut Aussage von Vattenfall, die Verteilung der von Offshore Anlagen gewonnen elektrischen Energie in der BRD gewährleisten. Wir wollen eine Energieversorgung, welche dezentral gesichert ist, statt zentrale Monopolinteressen zu stärken.

Gleichsam wird der Landesvorstand aufgefordert ein umweltpolitisches Grundsatzpapier zu erarbeiten und der nächsten Landesdelegiertenkonferenz zur Diskussion vorzulegen. Dabei soll vor allem auch der Landesarbeitskreis Umwelt einbezogen werden.

B 12 > Eindeutige Kennzeichnung von Produkten, deren Produktion und Entwicklung auf Tierversuchen, nicht artgerechter Haltung oder umweltschädigenden Bedingungen basiert

Tierversuche und die Misshandlung von Lebewesen zur Profitsteigerung sind nicht akzeptabel. Es bestehen heute schon zahlreiche andere Methoden, Produkte auch für den Verbraucher sicher zu testen.

Massentierhaltung stellt des Weiteren eine Form der Lebensmittelproduktion dar, die nicht akzeptiert werden kann. Durch die industrielle "Produktion" von tierischen Lebensmitteln wird die Umwelt nachhaltig geschädigt und das Leben von Tieren entwürdigt.

Wir wollen eine eindeutige Beschriftung von Produkten, damit der/die VerbraucherIn sich im Klaren darüber sein, ob sie/er einem Tier solche Gräueltaten antun kann und will.

Wir fordern außerdem eine echte Wahlmöglichkeit. Um diese zu bewerkstelligen soll sicher gestellt sein, dass stets eine Auswahl an gesunden und gerecht produzierten Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen (Kantinen, Cafeterien, Mensen, etc.) gegeben ist. Des Weiteren sollen Produkte, die auf Massentierhaltung und/oder Tierversuchen basieren extra besteuert werden. Gesunde und ökologische Ernährung darf nicht teurer sein, als die ungesunde und unökologische Alternative!

Dieser Beschluss wird dem Landesparteitag zu weitergehenden Beschlüssen und zur Festlegung weiterer Handlungen in dieser Richtung vorgelegt.

B 14 > Besteuerung von Biodiesel zurücknehmen

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Analyse:

1. Entgegen mancher pauschaler Vorwürfe in den Medien in jüngerer Zeit, ist die deutsche Biospritproduktion nicht für den Hunger in der Welt und die Gefährdung des Regenwaldes verantwortlich. Es hilft Ägyptern und Mexikanern nichts, wenn in Deutschland der Rapsanbau und die Pflanzenöl-, bzw. Biodieselproduktion zusammenbrechen.

Der heimische Rapsanbau stellt nicht einmal eine Konkurrenz zur hiesigen Nahrungsmittelproduktion dar, da eine Rapspflanze beim Auspressen zu rund einem Drittel Öl ergibt, während die übrigen zwei Drittel den sogenannten Rapskuchen ergeben. Dieser ist ein sehr eiweißhaltiges Viehfutter, das in den vergangenen Jahren die im großen Stil erforderlichen Importe von Soja (insbesondere gentechnisch veränderter Soja aus den USA wurde hierfür verwendet) überflüssig machte. Hierzulande ergänzen sich Energiepflanzenanbau und Nahrungsmittelproduktion also.

3. Ökonomisch befinden wir uns am Beginn einer Weltwirtschaftskrise ohne historischen Vergleich, da unsere gesamte Wirtschaft - insbesondere aber der Verkehr - bislang hilflos vom Erdöl abhängig ist. Der Erdölpreis steigt zudem durch zurückgehende Ölförderung infolge allmählicher Erschöpfung der Ölvorkommen und gleichzeitig explodierender Nachfrage besonders in Schwellenländern wie China und Indien weltweit in astronomische Höhen. Hierdurch droht eine über Jahre unentrinnbare Stagflation, die zu sinkenden Einkommen bei zugleich dramatisch steigenden Preisen führt. Hierdurch

droht dem Großteil der Bevölkerung ein Kaufkraftverlust ungeahnten Ausmaßes, der in vielen Fällen durch rapide steigende Kosten für Waren und Dienstleistungen existenzbedrohend wird.

3. Um dem zu begegnen und einen völligen Zusammenbruch der Wirtschaft mit seinen verheerenden Folgen, gerade für die ärmeren Bevölkerungsschichten, zu verhindern, ist eine sofortige und konsequente Umsteuerung - weg vom Erdöl - erforderlich, wie sie Schweden bereits 2006 mit dem Beschluss, bis 2020 völlig unabhängig vom Erdöl zu werden, begonnen hat.

4. Eine solche Umsteuerung verlangt eine Kombination aus mittel- bis langfristigen Maßnahmen. Im Verkehrssektor erfordert dies vor allem den Umstieg auf Elektroautos (solche sind inzwischen auch als Sportwagen mit hoher Leistung und Reichweite erhältlich, wie z.B. der Tesla-Roadster oder der Lightning GT). Hierdurch wird jede Primärenergiequelle auch für den Individualverkehr genutzt und die CO₂-Emissionen eines PKWs durch Ökostrom auf Null reduziert.

Allerdings sind Elektroautos bislang nicht in größerer Zahl auf dem Markt. Bis diese einen nennenswerten Anteil an der deutschen PKW-Flotte ausmachen, sind Biokraftstoffe die einzige heute schon verfügbare Alternative für die bereits zugelassenen PKW.

5. Durch die zu Jahresbeginn eingeführte Besteuerung von Biodiesel ist der in Deutschland hergestellte Biodiesel drastisch verteuert worden. Infolgedessen ist dieser vielfach nicht mehr mit konventionellem fossilem Diesel konkurrenzfähig. Hierdurch wurde die deutsche Biodieselproduktion praktisch über Nacht um ihre Existenz gebracht. Diese hatte Ende 2007 genug Kapazität aufgebaut um 14% des gesamten deutschen Dieselbedarfs zu decken, wodurch im vergangenen Jahr rund 12 Mio. Tonnen fossiler CO₂-Emissionen eingespart wurden..

6. Dieser in Deutschland hergestellte Biodiesel wurde als reiner Biodiesel (ohne fossile Beimischungen) von den Herstellern direkt an die Tankstellen verkauft, die ihn direkt an die Endkunden, d.h. ohne Umweg über die Mineralölkonzerne an Autofahrer und Speditionen, weitervertrieben.

So blieben der gesamte Gewinn und die Steuereinnahmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Tank in Deutschland.

7. Infolge der Besteuerung brach der Absatz für den heimischen Biodiesel zu Jahresbeginn völlig zusammen. Rund 2000 Tankstellen stellten den Verkauf von reinem Biodiesel ein. Über 80% der Produktionskapazitäten für Biodiesel standen still, mehrere Betriebe mussten Insolvenz anmelden. Dadurch sind in Deutschland tausende Arbeitsplätze akut bedroht (nach Verbandsangaben hängen von der deutschen Biodieselproduktion mittelbar und unmittelbar rund 100.000 Arbeitsplätze ab).

9. Ersatz für die verlorenen Marktanteile im Direktverkauf sollte die Zwangsbeimischung in den konventionellen Diesel bewirken. Diese wird aber durch die Mineralölkonzerne vorgenommen, welche zum einen die Preise für die Erzeuger drücken und die Gewinne selbst abschöpfen und zum anderen fast ausschließlich Biodiesel aus dem Ausland ankaufen, z.B. zentral in Rotterdam -dort vor allem auch Biodiesel aus teils ökologisch bedenklich angebauten Pflanzen.

Unter den Produzenten des zwangsbeigemischten Biodiesels ist praktisch kein deutscher Hersteller.

Während also die Mineralöllobby erfolgreich die Stimmung in Deutschland zuungunsten von Biokraftstoffen gedreht hat, ohne dass hierbei zwischen deutschem Raps und indonesischem Soja, bzw. Palmöl differenziert wird, führt die gegenwärtige Steuerpolitik in Verbindung mit der Zwangsbeimischung gerade dazu, dass deutscher Raps zugunsten von Palm- und Sojaöl(die teilweise aus Regenwaldgebieten stammen) verdrängt wird.

10. Steuerpolitisch ist die Besteuerung von Biodiesel ebenfalls kontraproduktiv: Als direkte Steuereinnahmen sind für 2009 nach einer Schätzung des Münchener Ifo-Institutes nur 34 Mio € zu erwarten.

Zum Vergleich: die Erhöhung der Tabaksteuer um einen Cent je Zigarette und die Erhöhung der Versicherungssteuer um 1 Prozentpunkt haben 2001 jährliche Steuermehreinnahmen von 3 Mrd. €, erbracht, ohne einen einzigen Arbeitsplatz zu kosten .

Bei der Besteuerung von Biodiesel wird zudem der Umsatz auf einen Bruchteil zurückgefahren und eine gesamte Industrie in die Insolvenz getrieben, wodurch Steuereinnahmen (z.B. Gewerbesteuer, Einkommensteuer der in der Branche beschäftigten Arbeitnehmer, Umsatzsteuer, etc.) in weit höherer Größenordnung verlorengehen. Durch diese kurzsichtige Maßnahme wird eine Zukunftstechnologie im Keim erstickt, die mit viel Aufwand über Jahre aufgebaut wurde und den Autofahrern wird eine umweltfreundliche und Arbeitsplätze schaffende Alternative zu fossilem Kraftstoff und ständig steigenden Erdölpreisen dauerhaft genommen.

Forderung:

Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Bundesfinanzminister von seiner Verweigerungshaltung gegenüber einer ökologisch sinnvollen Steuerpolitik abrückt.

Insbesondere muss die Besteuerung für Biodiesel und Pflanzenöl schnellstmöglich zurückgenommen werden.

B 15 > Soziale Steuerpolitik

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Die JungsozialistInnen in der SPD setzen sich für eine solide Finanzierung staatlicher Aufgaben ein. Antizyklische Wirtschaftspolitik bleibt dabei auch weiterhin vorrangiges Ziel der Sozialdemokratie.

Analyse

Die Notwendigkeit, auch in konjunkturell starken Phasen der Volkswirtschaft auf eine Aufnahme neuer Schulden angewiesen zu sein, zeigt, dass nicht wenige Bereiche der öffentlichen Hand drastisch unterfinanziert sind. Auf der anderen Seite wirkt sich das Unterlassen dringend notwendiger Investitionen negativ auf den Verlauf des Konjunkturzyklus und das Potenzial der Binnenkonjunktur aus. So ist die wesentlich kürzere Dauer von Aufschwungphasen im Vergleich zur Dauer schwacher Konjunkturphasen, verbunden mit zu international vergleichbaren Volkswirtschaften meist unterdurchschnittlichen Wachstumsraten, deutlich erkennbar.

Nicht zuletzt durch das Wegbrechen wichtiger Steuereinnahmen im Bereich der Einkommens- und Unternehmenssteuern sowie das Auslassen wichtiger Investitionen zu Zeiten rigoroser Sparpolitik, stellt die Haushaltspolitik vor neue Herausforderungen. Während der Stabilitäts- und Wachstumspakt des Maastrichter Vertrages EU-weit unterschiedliche Volkswirtschaften zu einheitlicher Finanzpolitik zwingt und sie zu mangelnder Investitionstätigkeit knebelt, bleibt die investitionsorientierte Verschuldungsregel des Grundgesetzes weitgehend ungenutzt. Um Lücken im Haushalt zu füllen, werden, verfassungsrechtlich höchst problematisch, mehr Ausgaben als Investitionen verbucht, als zielgerichtete Investitionen über beispielsweise die Ausgabe von Anleihen zu finanzieren.

Dies liegt auch daran, dass der verfassungsrechtliche Investitionsbegriff nicht alle zusätzlichen, jedoch notwendigen Staatsaufgaben abdeckt. Im Grundsatzprogramm der SPD spielt beispielsweise Bildung

eine entscheidende Rolle, um Ungleichheiten in der Gesellschaft zu beseitigen und so jeder und jedem gleiche Chancen zu ermöglichen. Investitionen in diesem Bereich rechtfertigen jedoch nicht die Beschaffung notwendigen Kapitals über staatliche Verschuldung.

Dies gilt ebenso für zusätzliche Transferleistungen, etwa beim Arbeitslosengeld II oder bei der Sozialhilfe und Rente, welche mittelbare Auswirkungen auf die Entwicklung der Binnenkonjunktur und damit die Entwicklung von Beschäftigung und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme haben.

Mit der Begründung der Generationengerechtigkeit wird eine Neuverschuldung zugunsten notwendiger Investitionen gerne vermieden. Dabei ist es wenig generationengerecht, vorhandene Infrastruktur für die Zukunft verkommen zu lassen, denn sie ist notwendiger Faktor für wirtschaftliches Wachstum und Standortqualität. Schulden, die jetzt gemacht werden, gehen deshalb nicht notwendig zu Lasten kommender Generationen, schon dann nicht, wenn zwischen Leistungsträgern und Hilfebedürftigen unserer Gesellschaft gerecht umverteilt werden würde.

Weiteres Problem staatlicher Haushaltspolitik ist der Zwang, vor allem der Kommunen, öffentliche Aufgaben entweder gar nicht mehr wahrnehmen zu können oder nur unter Aufgabe anderer bürgernahe Leistungen oder zusätzlicher Verschuldung, weil dem Konnexitätsprinzip bei der Aufgabenerteilung durch Bundes- oder Landesgesetze nur unzureichend Rechnung getragen wird, die finanzielle Ausstattung den Aufgaben also nicht folgt.

Forderungen:

- Deshalb fordern die Jusos die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Werden öffentliche Aufgaben auf andere Ebenen verlagert, müssen diese auch die entsprechenden Mittel zur Wahrnehmung dieser Aufgaben erhalten.
- Damit geht einher, dass die Ebene, welche Investitionen vornimmt, auch die Früchte dessen ernten soll. Es erhöht die Investitionsbereitschaft, wenn die Ebene, welche finanzielle Mittel aufwendet, mittel- und langfristig einen entsprechenden Rücklauf erwarten kann.
- Außerdem muss der verfassungsrechtliche Investitionsbegriff so erweitert werden, dass eine Verschuldung auch zu solchen Zwecken ermöglicht wird, wo die konjunkturellen und gesellschaftlichen Auswirkungen erst mittelbar oder langfristig sichtbar werden, jedoch sinnvoll und nachhaltig sind.
- Darüber hinaus ist eine Verbreiterung der Einnahmeseite notwendig.
- Um Wachstumspotenziale, vor allem bei der sozialen Sicherung, nutzbar zu machen, sollen finanzkräftige Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stärker gerecht werden und sich an der Finanzierung ihrer wirtschaftlichen Standortvorteile angemessen beteiligen.
- Außerdem kann sich die SPD nur dann als Partei der sozialen Gerechtigkeit profilieren, wenn sie im finanzpolitischen Geflecht der Bundesrepublik die Umverteilungsaspekte stärker in den Mittelpunkt rückt. Unter dem Gesichtspunkt „Starke Schultern tragen mehr als schwache.“ ist deshalb das Leistungsfähigkeitsprinzip auf ein solides Fundament zu stellen. Erreichbar wird dies durch eine stärkere Progression im Bereich der Einkommenssteuer, deren höchster Satz mindestens auf das Maß von 1998 zurückgeführt wird.

- Weiterhin ist die bundesweite Beschlusslage zur Einführung einer Vermögenssteuer rasch umzusetzen und die Erbschaftssteuer auf ein breiteres Fundament zu stellen und die Erträge aus „unverdientem“ Vermögen deutlich zu erhöhen.
- Dazu gehört auch, die Abgeltungssteuer noch vor ihrer Geltung zu beseitigen, weil es nicht hinnehmbar ist, dass Kapitalgewinne niedriger belastet werden als Einnahmen aus Erwerbsarbeit.
- Eine Erhöhung von Konsumsteuern lehnen wir ab, weil dadurch besonders die Schwächsten der Gesellschaft belastet werden und die Binnennachfrage geschwächt wird.
- Weiterhin lehnen die Jusos Verfassungsänderungen in Bezug auf die geltenden Verschuldensregeln ab, wenn nicht empirische Belege für dessen Sinnhaftigkeit vorliegen. Dies betrifft vor allem die Begrenzung der Möglichkeit einer Neuverschuldung anhand vager Konjunkturprognosen oder eine Orientierung am Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU.

Der Juso-Bundesvorstand wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag namens der Jusos auf dem nächsten Bundesparteitag zu stellen.

B 16 > Verstaatlichung des Hochspannungsnetzes

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf eine Verstaatlichung des Hochspannungsnetzes hinzuwirken.

Insbesondere bei dringend erforderlichen Modernisierungen von Hochspannungsleitungen soll der Einstieg des Staates erwogen werden.

Begründung:

Derzeit befindet sich das deutsche Hochspannungsnetz in der Hand der vier großen Stromkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall. Diese Eigentümerstruktur ist für den Ausbau der erneuerbaren Energien kontraproduktiv und für die Versorgungssicherheit gefährlich.

Für eine breitere Nutzung erneuerbarer Energien ist ein Ausbau des Stromnetzes unumgänglich.

Die bisherigen Eigentümer des Hochspannungsnetzes (die genannten vier Konzerne) haben an einem solchen Ausbau kein Interesse, da dieser mehr Wettbewerb ermöglichen und damit Konkurrenz zu ihrem eigenen Strom aus fossilen Quellen schaffen würde.

Darüber hinaus bietet die derzeitige Eigentümerstruktur den Konzernen die Möglichkeit, willkürlich den Zugang für z.B. norddeutsche Windparkbetreiber mit dem Verweis auf angeblich zu knappe Kapazitäten zeitweise zu sperren. Auf diese Weise laufen stundenlang Windräder im Leerlauf, während die Konzerne nur ihren eigenen fossilen Strom einspeisen.

Damit wird der politische Wille, dass Strom aus erneuerbaren Energien immer eingespeist und gegenüber Strom aus fossilen Quellen bevorzugt verkauft werden muss, konterkariert.

Auch schafft die derzeitige Eigentümerstruktur keinen Anreiz, in die dringend erforderliche Modernisierung oder den Ausbau des Netzes zu investieren, da Gewinnabschöpfungen bei möglichst geringer Investition kurzfristig wirtschaftlich lukrativer sind.

Diese Probleme lassen sich letztlich nur durch eine staatliche Kontrolle der Hochspannungsnetze beheben.

Der Einstieg des Staates in die Hochspannungsnetze ist sukzessiv machbar, wodurch sich unerschwingliche Aufwendungen für einen Kauf vermeiden lassen.

So erfolgt zum Beispiel der Neubau von Stromtrassen in staatlicher Regie. Dadurch bekommt der Staat durch seine Trassen Kontrolle über die Einspeisung und kann der Marktverzerrung durch die Konzerne entgegenwirken.

B 17 > Auszubildende gerecht bezahlen

Der Juso-Bundeskongress möge in Ergänzung zum Antrag C2/2007 beschließen:

Die JungsozialistInnen in der SPD fordern eine Mindestvergütung in Ausbildungsberufen in Höhe von drei Vierteln des aktuell geforderten Mindestlohns, der sich an der Höhe der jeweils geltenden Pfändungsfreigrenze orientiert.

Forderung:

Auszubildende sollen ein Recht auf ein menschenwürdiges und Existenz sicherndes Einkommen erhalten. Unser Ansatz ist dabei die gesetzlich festgeschriebene und ständig aktualisierte Pfändungsfreigrenze.

Das Azubi-Einkommen umfasst eine Mindestausbildungsvergütung, deren Höhe sich an einem Betrag orientiert, der drei Viertel des aktuell geforderten Mindestlohns umfasst. Da Unternehmen einen nicht zu unterschätzenden Nutzen aus einer qualitativ hochwertigen Ausbildung und motivierten und eigenverantwortlichen Auszubildenden ziehen, tragen sie die Mindestausbildungsvergütung allein.

Bei Bedarf wird Auszubildenden darüber hinaus ein elternunabhängiges BAföG gewährt, das die Differenz der Ausbildungsvergütung zum Existenz sichernden Einkommen überwindet.

Analyse:

Während die Forderung nach einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn derzeit in aller Munde liegt, wird die Vergütung der Auszubildenden oft nur unzureichend betrachtet. Dabei wird hier eine Vielzahl von Gerechtigkeitsproblemen offenbar, die wir als sozialistischer und feministischer Richtungsverband nicht hinnehmen können.

Laut DGB-Ausbildungsreport 2007 ist die Ausbildungsvergütung ein wichtiger Faktor für die Zufriedenheit der Azubis mit ihrer jeweiligen Ausbildung. Dabei differiert die jeweilige Ausbildungsvergütung geografisch, zwischen den Branchen und einzelnen Betrieben.

Eminent ist dabei der Lohnunterschied zwischen alten und neuen Bundesländern. Wie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung herausfand, erhält beispielsweise einE kaufmännischeR AuszubildendeR im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe Hamburgs monatlich 455 Euro mehr als ein gewerblicher Auszubildender der gleichen Branche in Mecklenburg-Vorpommern (Böckler Impuls 09/2008 vom 28. Mai 2008). Die Lohnspanne reicht zwischen den jeweiligen Berufen und Ausbildungsjahren teilweise gar von 332 Euro bis zu 1.260 Euro im Monat.

Derartige Lohnunterschiede sind auch mit niedrigeren Lebenshaltungskosten und unterschiedlicher Produktivität nicht zu rechtfertigen. Gerade in Dienstleistungsberufen werden unterschiedliche Lohnhöhen gerade damit begründet. Dabei ist das Preisniveau im Dienstleistungssektor maßgeblicher Faktor für die Produktivität der jeweiligen Branche und Region, das jedoch nur wegen teils ausbeuterischer Löhne gehalten werden kann.

Die drei Berufe mit der schlechtesten Vergütung sind, laut Ausbildungsreport des DGB, traditionelle Frauenberufe, nämlich FriseurIn, Rechtsanwalts- und NotarfachangestellteR und FachverkäuferIn im Nahrungsmittelhandwerk. Dies stützt den empirisch mehrfach nachgewiesenen Befund, dass Frauen in unserer Gesellschaft noch immer benachteiligt werden. Als feministischer Richtungsverband ist dies für uns Jusos ein nicht hinnehmbarer Zustand.

In Anlehnung an die Forderung nach einer Mindestsicherung für jeden Menschen, aus der auch unsere Beschlusslage nach einem gesetzlichen Mindestlohn resultiert, und dem damit verbundenen Willen, für alle Menschen ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, müssen auch Auszubildende die Möglichkeit erhalten, unabhängig vom Elternhaus, ein eigenständiges Leben zu führen und sollen dazu entsprechend finanziell abgesichert sein.

Fraglich ist jedoch, ob eine Ausweitung des für ArbeitnehmerInnen geforderten Mindestlohns auf Auszubildende sachgerecht wäre. Im Forderung der Ausbildung steht der Zweck, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erlernen, die dem Auszubildenden anschließend den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen. Daneben garantiert eine Berufsausbildung die spätere Bedarfsdeckung an FacharbeiterInnen für die Wirtschaft, wobei Auszubildende für Unternehmen nur einen Teil der Wertschöpfung anderer ArbeitnehmerInnen produzieren. Hinzu kommen die Kosten für die Ausbildung, die in der Regel der/die ArbeitgeberIn übernimmt.

BILDUNG**C1 > Konzeption Bewerbertraining**

Die Jusos Thüringen setzen sich im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ für ein ausreichendes Angebot an BewerberInnentrainings durch die Agenturen für Arbeit ein. Zum Erreichen dieses Ziel arbeiten die Jusos mit den Gewerkschaftsjungen zusammen.

C2 > Auslobung Ausbildungspreis

Die Landeskonferenz der Jusos beschließt die Auslobung der Verleihung eines Preises für den besten Ausbildungsbetrieb bzw. die beste Ausbildungseinrichtung in Thüringen.

Die Auslobung der Verleihung soll in Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend erfolgen.

Vorschläge hierfür sollten nur Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Betriebs- bzw. Personalräte und die DGB-Jugend selbst einreichen können. Eine Kommission aus Vertretern des Juso-Landesvorstandes (2), der DGB-Jugend (2) und einem Vertreter des SPD-Landesvorstandes sollten dann eine entsprechende Auswahl treffen. Als Hauptpreis könnten ein Besuch des Bundes- oder Landtages für die Auszubildenden winken.

C3 > Erfurt als eigenständiger Hochschulstandort von Universität und Fachhochschule

Die Jusos Thüringen fordern die SPD sowie den Freistaat Thüringen auf, sich auch weiterhin für Erfurt als eigenständigen Hochschulstandort von Universität und Fachhochschule einzusetzen. Die Universität und die Fachhochschule müssen auch weiterhin eigenständig erhalten und ausgebaut werden.

Wir Jusos Thüringen sind uns bewusst, dass die Erhaltung nur um des Bestands der Hochschulen wegen Nonsense ist und fordern deswegen die Landesregierung und die zukünftigen Landesregierungen dazu auf, der Universität und der Fachhochschule Erfurt, wie auch allen anderen Hochschulen des Landes, genügend Geldmittel bereitzustellen, um Lehrstühle mit Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern, die den immer als wichtig angepriesenen akademischen Mittelbau bilden, einzurichten und die Hochschulen weiterhin eigenständig zu erhalten. Das heißt auch: Abschaffung der leistungs- und belastungsorientierten Mittelvergabe für Thüringen (LUBOM), die insbesondere die geisteswissenschaftlich ausgerichtete Universität Erfurt langfristig rücksichtslos vor die Wand fahren lässt.

DEMOKRATIE, GESELLSCHAFT**D1 > SozialdemokratInnen sind nicht rückwärtsgewand!**

Eine Mitgliedschaft in der SPD bleibt unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung, die Mitglied im Dachverband der Deutschen Burschenschaft ist und/ oder Geschichtsrevisionismus oder Revanchismus betreibt und/ oder sich gegen den Toleranzgedanken stellt indem sie bestimmten Menschen die Mitgliedschaft verweigert, Männer und Frauen, AusländerInnen, Homosexuelle oder WehrdienstverweigerInnen rechtlich oder tatsächlich diskriminiert. Die herrschende Beschlusslage der SPD, die bereits eine Unvereinbarkeit zwischen SPD und solchen Burschenschaften und Corps erklärt, ist endlich vom Parteivorstand durchzusetzen.

D2 > Rückbesinnung auf die Verbundenheit mit den Gewerkschaften!

Wir fordern ein klares Bekenntnis der SPD zu den freien Gewerkschaften, zum Streikrecht und der Koalitionsfreiheit.

Ebenso ersuchen wir die SPD für eine dem Hamburger Grundsatzpogramms entsprechende Reaktion auf die EuGH-Urteile in den Fällen Viking und Laval, namentlich den Einsatz für eine „europäische Sozialunion mit Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten der ArbeitnehmerInnen, sowie europaweite Mindestsätze“.

Die Jusos Thüringen setzen uns verstärkt für gemeinsame Veranstaltungen der Thüringer Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften ein. Wir werden mit gutem Beispiel vorangehen und unsere außenwirksamen Veranstaltungen zusammen mit Vertretern der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugendern organisieren und durchführen sowie gegenseitige Unterstützung üben.

Ferner wenden wir uns entschieden gegen den adoptierten Terrorismus-Indikator „Gewerkschaftszugehörigkeit“ im geplanten transatlantischen Datenschutzabkommen zwischen den USA und der EU.

D3 > „Ich bin keine Terroristin!“

Die Jusos Thüringen sprechen sich für einen konsequenten Paradigmenwechsel im Bereich der informationellen Selbstbestimmung aus. Die einschlägigen Gesetze sind dahingehend zu ändern, dass personenbezogene Daten von Behörden und Privaten nur mit dem Einverständnis der Betroffenen gespeichert und verarbeitet werden dürfen. Widersprechen die Betroffenen, ist eine Speicherung personenbezogener Daten nur im Anschluss an ein qualifiziertes Verfahren möglich.

Gleichzeitig sind umfassende, gesetzliche Berichtspflichten einzuführen: Immer dann, wenn personenbezogene Daten aufgerufen oder weitergeleitet werden, sind die Betroffenen zu informieren.

D4 > Geschlechteremanzipationspapier der Jusos Thüringen

Die Barbiepuppe im 21. Jahrhundert kann alles: Nachwuchs, Job, Politkarriere, Haushalt – oder wie war das nochmal mit der Emanzipation???

Man könnte meinen, das folgende politische Papier, dass sich mit dem Verhältnis der Geschlechter und insbesondere der Situation von Frauen beschäftigt, sei überflüssig. Wir haben den Männern ausnahmslos alles aufgedrückt was wir wollten: Wir dürfen arbeiten, ohne unseren Mann fragen zu müssen. Überhaupt dürfen wir Auto fahren, Single sein, One-Night-Stands erleben, in den Krieg ziehen, Zigarren rauchen und Fußball spielen. Das geht soweit, dass die armen Männer sich völlig benachteiligt fühlen, weil bei den G8-Treffen eine Dame mit ihrem beigefarbenen Blazer das Bild versaut. Nein, eigentlich müssten jetzt die Männer geschützt werden und die Frauen aufhören so furchtbar egoistisch und fordernd zu sein. Tatsächlich haben die deutschen Frauen jetzt auch noch ein weiteres Vorbild neben Paris Hilton und Britney Spears: die Kanzlerin Angela Merkel. Wo soll das noch hinführen?

Warum schreiben die weiblichen Exemplare der Jusos Thüringen ein Frauenpapier? Es ist doch alles ganz toll gelaufen seit der Frauenbewegung. Oder doch nicht?

Schaut mensch sich einmal um, stellen wir fest, dass die Zahlen und Fakten anderes vermuten lassen. Auf den Seiten der Handwerkskammern in Thüringen findet mensch die Stellenbeschreibungen beinahe durchgängig in männlicher Form. Frauen anzusprechen scheint wenig interessant zu sein. Die Rollenzuweisungen scheinen sowieso geklärt: Frauen werden Friseurin, Verkäuferin, Zahnarthelferin oder Bürokauffrau. Noch immer wird Mädchen, die sich wagen, Kfz-Mechanikerin oder Malerin oder Ingenieurin werden zu wollen, subtil zu verstehen gegeben, dass sie in diesen Berufen keine Chance hätten. Assistentin zu werden, scheint sinnvoller, als die Hauptrolle im jeweiligen Berufsbild zu spielen. An der Spitze einer Organisation oder Firma zu stehen, wirkt wenig reizvoll, wenn frau tagtäglich missgünstige Blicke der Kollegen ertragen soll und dafür auf ihren Kinderwunsch verzichten muss. Doch das sind noch die harmlosen Probleme: Die meisten Frauen werden noch immer im Niedriglohnbereich beschäftigt. Schaut mensch sich dort um, wo das Wirtschaftswachstum nur als Gerede, aber nicht finanziell ankommt und wo Bildungs- und Aufstiegschancen angesichts von Gewalt- und Drogenerfahrungen, Selbstaufgabe und/oder Resignation utopisch erscheinen, stellt mensch schnell fest, dass Frauen noch immer überdurchschnittlich von den Folgen zunehmender Armut¹ betroffen sind. Von der weltweiten Situation von Frauen einmal gar nicht zu sprechen. All das scheint im Alltag angesichts der Erfolge in Vergessenheit zu geraten, während mensch beginnt politische Vorrechte in Frage zu stellen.

Errungenschaften und Diskriminierung von Männern

Gleichzeitig werden Errungenschaften gefeiert: Frauen dürfen zur Bundeswehr, Kindergartenplätze werden ausgebaut, erstmalig führt eine Kanzlerin das Land. Die Tatsache, dass diese winzigen Fortschritte derart gefeiert werden, lenkt von der Wirklichkeit ab und zeigt zugleich, dass nicht alles so ist, wie es sein könnte und sollte.

Auch Männer werden in unserer Gesellschaft diskriminiert. Indem Frauen noch immer die Verantwortung für Familie und soziales Umfeld zugerechnet wird, werden Männer zu Unterhaltszahlern und Karrieristen degradiert, welche sich scheinbar permanent im Statuskampf

¹ Armut wird hier nach den europäischen Maßstäben definiert als der Anteil der Personen, der mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen muss. Die weltweite Dimension von Armut und den Folgen speziell für Frauen, können wir an dieser Stelle nicht angemessen darstellen, da dies alle Dimensionen sprengen würde.

behaupten müssen. Am Ende wetteifern alle um das größte und teuerste Auto, statt mit der Partnerin einfach glücklich zu sein. Die Männer müssen daher begreifen, dass ihre Diskriminierung nur aufhört, wenn die Diskriminierung von Frauen ein Ende hat.

Anklage an „das System“

Doch wir wollen nicht (nur) die Männer anklagen, sondern das System, welches uns Menschen in Rollenbilder presst und uns mit verrückten Erwartungshaltungen konfrontiert. Wir wollen kein System, in dem sich Frauen schuldig fühlen, weil sie nicht gleichzeitig Kinder bekommen, Firmen leiten, Haushalte perfekt führen und sich politisch und sozial in der Gesellschaft einbringen. Wir wollen auch kein System, in dem sich Männer schuldig fühlen, weil sie Angst haben, Kinder in die Welt zu setzen, weil sie Angst haben, ihre „weiche“ Seite zu zeigen, weil sie Angst haben, den Ansprüchen an den „perfekten Mann“ nicht zu genügen. Wir wollen kein System, welches Männer und Frauen gegeneinander ausspielt und sie zu leicht kalkulierbaren Empfängern von speziell auf das jeweilige Geschlecht ausgerichteten Werbebotschaften macht.

Die Gesellschaft, die wir uns wünschen, ist nicht permanent damit beschäftigt, spezielle Rollenbilder und -erwartungen zu konstruieren. Wir wünschen uns Menschen in einem System, in dem durch Zivilisation die individuellen Ansprüche innerhalb der Gemeinschaft verwirklicht werden können. Wir wünschen uns ein System, in dem Männer zulassen können, dass sie gern mit Kindern spielen und Kindergärtner und Grundschullehrer werden, ohne sich selbst in Frage gestellt zu fühlen. Wir wünschen uns ein System, in dem Mädchen keine Angst vor ihren mathematischen Fähigkeiten haben, weil von ihnen erwartet wird, dass sie kein naturwissenschaftliches Talent haben. Wir wünschen uns ein System, in dem Babys grüne oder gelbe Strampelanzüge tragen, Mädchen Fußball spielen und im Schlamm wühlen und Jungs weinen und schwach sein dürfen, wenn sie das wollen. Wir wollen keinen Rollentausch, sondern die Aufhebung gesellschaftlich konstruierter Rollenerwartungen und daraus folgender politischer Maßnahmen. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der die Geschlechter nicht aufeinander gehetzt werden, in der keine Geschlechterkämpfe stilisiert werden und in der Menschen sich einfach als Menschen akzeptieren.

Selbstkritik und Selbstbewusstsein im politischen Alltag

Dazu gehört auch, dass Frauen sich selbstkritisch hinterfragen. In harten Kämpfen wurden Rechte wie die Geschlechterquote errungen, weil nach demokratischem Anspruch in der Politik die Menschen annähernd entsprechend ihrer gesellschaftlichen Verteilung vertreten sein sollten. Doch wenn wir Frauen diese Rechte nicht in Anspruch nehmen, wenn wir nicht selbstbewusst auftreten und politisch mitreden, dann werden diese Rechte über kurz oder lang in Frage gestellt. Die SPD und die Jusos haben sich seit Beginn ihrer Existenz für die Unterstützung von in der Gesellschaft benachteiligten Gruppen eingesetzt. Nun wird es erneut Zeit, ein Fazit der Errungenschaften zu ziehen und festzustellen, welche Positionen wir Frauen innerhalb der Sozialdemokratie vertreten. Wir müssen an „Agendadiskussionen“ teilnehmen und bestehende Reformen auf Benachteiligungen von Frauen überprüfen. Dazu gehört, dass wir die Erwartungen aus unseren und den Köpfen der anderen fegen und uns selbstbewusst damit beschäftigen, was uns wichtig ist, statt uns in „Frauenthemen“ drücken zu lassen. Auch unsere ökonomische Stellung, die Basis der individuellen Selbstverwirklichung in dieser Gesellschaft, muss in unserem Blick sein. Die Erstellung dieses Papiers ist somit Anklage an beide Geschlechter: Frauen müssen politisiert werden und sich politische Meinungen bilden und diese auch selbstbewusst vertreten, damit Männer nicht zwangsläufig in die Rolle gedrängt werden, uns als Anhängsel und Lückenfüller zu sehen. Wir sollten uns nicht als „Harmoniebeschafferinnen“ sehen, sondern mitdiskutieren und mitstreiten. Politisch aktive Frauen müssen als Vorbilder für junge Frauen da sein und diese besonders zur politischen Aktivität ermutigen. Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Gefahren durch Orientierungslosigkeit aktiv begegnen

Die Individualisierung der Gesellschaft hat es den Menschen nicht einfacher gemacht, sich zurecht zu finden. Orientierungslosigkeit und Selbstzweifel sind an vielen Stellen die Folgen, wenn Menschen ihren Platz noch nicht gefunden haben. Vertreter einfacher Weltbilder versuchen an diesen Stellen Menschen abzufangen und sie auch unter Inanspruchnahme alter Rollenbilder in einen ideologischen Käfig zu zwingen. Dies gilt für politische Extremisten ebenso wie für religiöse Fundamentalisten. An diesen Stellen ist es unsere Aufgabe als Frauen, nicht zuzulassen, dass Menschen aus Angst in veraltete und erstarrte Erwartungshaltungen verfallen. Wir müssen weiterhin um unsere Rechte kämpfen, bis der und die letzte begriffen haben, dass jeder Mensch das Recht hat, sein Leben so zu gestalten, wie es ihr oder ihm richtig erscheint. Wir müssen die Augen offen halten für körperlich oder psychisch erzwungene Unterdrückung. Und wir müssen politisch wachsam sein, damit die Errungenschaften der Frauenbewegung nicht in Frage gestellt werden.

„Das“ Mensch in der Bundesrepublik?

Das Gute am Mensch ist, dass wir fähig sind, die Natur zu überlisten und in einer Zivilisation biologische Benachteiligungen zu überwinden. Jeder Mensch kann und soll als Individuum in der Gesellschaft leben. Dies ist nicht mit Egoismus zu verwechseln. Es geht darum, im Miteinander die eigenen Rechte zu wahren und die Rechte des anderen anzuerkennen. Es muss unsere Aufgabe als Frauen sein, uns zu Wort zu melden, auf Benachteiligungen hinzuweisen und nicht nur „nettes Beiwerk“ darzustellen. Dies ist in den neueren Bundesländern an vielen Stellen selbstverständlicher als in den alten Bundesländern, weil in der DDR Frauen zumindest durch ihre berufliche Aktivität mehr Selbstständigkeit und Unabhängigkeit errungen bzw. zugestanden bekommen haben. Hier ist es an vielen Orten normal, dass Frauen Familie und Beruf vereinbaren wollen. In den alten Bundesländern sind Frauen dafür, sofern sie gewisse Opfer (Kinderlosigkeit) akzeptiert haben, in der Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten stark vorgezogen. Es ist die Aufgabe der jungen Frauengeneration beides zu vereinen und sich auch für die Emanzipation der Männer einzusetzen, damit sich diese aus verkommenen Rollenbildern befreien können. Sie sollen nicht die alleinige ökonomische Verantwortung für eine Familie tragen und sie sollen auch nicht allein von dieser ökonomischen Verantwortung profitieren. Sie sollen ebenso familiäre Aufgaben übernehmen können und sich Freiräume zugestehen dürfen, ohne dass Begriffe der alten Bundesländer („Rabenmütter“, „Weichei“) das Zusammenleben der Menschen in den neueren Bundesländern prägen und leichtfertig bereits Selbstverständliches überrollen. Und letzten Endes ist das Geschlecht nur eine biologische Größe, welche nichts über die sexuelle Orientierung und die dahinter stehende Persönlichkeit aussagt. Wir alle müssen begreifen, dass es künstliche Weltbilder sind, die uns anerkennen und die es von Fall zu Fall in mehr oder weniger großem Ausmaß zu überwinden gilt. Wir befinden uns noch immer auf dem Weg in eine menschlichere Gesellschaft und es ist die Aufgabe aller Männer und Frauen diesen Weg gemeinsam weiterzugehen und Rückschritte nicht zu akzeptieren.

Wesentliche Beiträge auf dem Weg in die menschliche und gleichberechtigte Gesellschaft sehen wir in der Umsetzung der folgenden Forderungen:

1. 35-Stunden-Woche als Regelfall: Derzeit hat Frauenarbeit in der Familie den Charakter des Hinzuverdienstes. Frauen befinden sich häufig in schlechter bezahlten Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen. Die 35-Stunden-Woche wäre ein nachhaltiger Beitrag zu einem Erwerbsmodell, das gleichberechtigte Teilhabe an Familie und Arbeit ermöglicht.

2. Rücknahme der Minijobgesetzgebung: Minijobs werden überdurchschnittlich von Frauen in Anspruch genommen. Wir wollen aber Frauen sozialversicherungspflichtige Vollbeschäftigung ermöglichen und nicht in präkere Beschäftigungsverhältnisse zwingen.
3. Staatliche Unterstützung nur bei Parität: Erziehungsgeld soll nur dann gezahlt werden, wenn beide Elternteile zu gleichen Teilen Job und Karriere für die Familie ruhen lassen.
4. Kostenlose Kita-Plätze und Ganztagschule: Frauen sollten wie Männer die Wahl haben! Vollzeitjob und Familie müssen vereinbar sein.
5. „Gleiches Geld für gleiche Arbeit!“ Gesetzliche Sanktionen sollen der ungleichen Bezahlung von Mann und Frau ein Ende bereiten.
6. Fortbildung während Elternzeit! Der Arbeitgeber soll verpflichtet werden den Karrierekiller Elternzeit durch von ihm angebotene oder finanzierte Fortbildungsangebote den Schrecken zu nehmen.
7. Eigene Sozialversicherungsansprüche für nicht-arbeitende Familienangehörige: Die Sozialversicherungsansprüche werden zu gleichen Teilen zwischen den Elternteilen geteilt. So werden Abhängigkeiten und erstarrte Rollenverteilungen zwar nicht verhindert, aber doch gemildert.
8. Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft: Frauen sind bei der Beförderung in Führungspositionen zu bevorzugen!
9. Bildung: Rollenverständnisse werden nicht angeboren, sondern anerzogen! Wir fordern die kritische Thematisierung und Auseinandersetzung mit dem Thema Gender in Kindergarten und Schule.

D5 > Mehr Rechte für Väter

Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen, dass die Bundesregierung, insbesondere das Familienministerium, mehr Rechte für Väter schafft und deren Anspruch auf Ihr eigenes Kind / Kinder nicht lediglich auf einen Unterhaltsanspruch beschränkt. Im Bürgerlichen Gesetzbuch muss der Grundsatz verankert werden, dass beide (biologischen) Elternteile von der Geburt des Kindes an gleiche Rechte am Kind haben. Dazu sollte der § 1626a Abs. 2 BGB geändert werden in: „Im Übrigen haben beide Elternteile die elterliche Sorge.“ § 1626a Abs. 1 BGB, § 1626b BGB und alle übrigen, von dieser Veränderung betroffenen Paragraphen sind anzupassen.

D8 > Prävention statt nächtlichen Alkoholverbotes

Die Jusos Thüringen sind entschieden gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung von Baden-Württemberg, der den Verkauf alkoholischer Getränke an Tankstellen und Kiosken von 22:00 bis 5:00 Uhr verbieten will. Ein solches Verbot trägt nicht dazu bei, den Alkoholkonsum bei Jugendlichen zu verringern. Anstelle einer solchen Beschränkung sollten lieber die Mittel für die Präventions- und Aufklärungsarbeit gegen die Droge Alkohol bei öffentlichen Trägern erhöht werden.

D9 > Kondensstreifen: Ja bitte, aber nur in Farbe!

Patriotismus ist schön, das finden wir auch. Doch was muss man täglich am Himmel sehen? Schlichte weiße Kondensstreifen der Flugzeuge.

Wir sagen: Schluss damit! Im Rahmen des Patriotismus dürfen ab Januar 2009 nur noch Abgase in Schwarz, Rot, Gold in die Luft geblasen werden! An Feiertagen wird zusätzlich bei Start und Landung die deutsche Nationalhymne abgespielt.

Ein positiver Effekt: Die umweltbelastenden Abgase, passen sich so automatisch der deutschen Umwelt an und der Klimawandel fällt nur noch halb so schlimm aus.

ORGANISATORISCHE ANTRÄGE

E2 > Kapitalismuskritische Debatte bei den Jusos Thüringen

Der Landesvorstand wird aufgefordert eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus zu induzieren. Als geeignete Formen sehen wir etwa eine thematische Ausgabe des Morgenrots oder eine Arbeitskreiswochenende an. Die Meinungen und Beiträge sind in einem Grundsatzpapier aufzubereiten und der Impuls für eine Diskussion auf der kommenden Landeskonzferenz.

E3 > Kommunalpolitik im Fokus jungsozialistischer Politik

Alle Jusos werden aufgerufen, sich zahlreich als Kandidaten für die Kommunalwahl aufstellen zu lassen.

INITIATIVANTRÄGE

I.1 > KSK erhalten!

Die Jusos Thüringen setzen sich für den Erhalt der „KSK“ (Künstlerversicherung) ein, und fordern die SPD auf der Landes- und Bundesebene auf, alles erdenklich zu unternehmen, um die KSK zu schützen.

I.2 > Keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf Thüringer Äckern!

Die Jusos Thüringen fordern die SPD auf, ein Anbau-Moratorium der Bt-Maislinie MON810 nach Artikel 23 der EU-Freisetzungsrichtlinie nach französischem Vorbild auf Bundesebene zu prüfen.

Ferner fordern die Jusos Thüringen alle Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte sowie alle Kommunalpolitiker der SPD auf, die Einrichtung gentechnikfreier Regionen auf gemeinde- und stadteigenen Flächen zu unterstützen.

Die Folgen des Anbaus von gentechnisch verändertem Mais sind in ihrer Tragweite bisher nicht abzuschätzen. Die dazu nötigen Langzeitstudien liegen noch nicht vor. Mit ersten Versuchsfeldern – so auch im Altenburger Land – hat die Gentechnik auch die Thüringische Landwirtschaft erreicht – mit ersten Konsequenzen: Imker, die ihren Abnehmern genfreien Honig garantieren müssen, können diese Garantie nicht mehr geben, wenn in ihrem Einzugsgebiet gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. Sie stehen vor der Entscheidung ihren Betrieb aufzugeben oder – verbunden mit weiteren Anfahrtswegen – mit ihren Bienenvölkern in noch gentechnikfreie Regionen umzuziehen.

Zudem birgt Bt-Mais Gefahren für das Ökosystem, was im Oktober 2007 sogar durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bestätigt worden ist. Es gebe „berechtigten Grund zu der Annahme, dass der Anbau von MON810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt“. Doch ein Anbau-Verbot hat Bundesminister Seehofer trotzdem nicht erlassen, obwohl er als Minister verpflichtet ist, den Anbau von Gen-Pflanzen zu verbieten, wenn Gefahren für Menschen und Umwelt drohen.

Sind gentechnisch veränderte Organismen einmal auf den Äckern ausgebracht, ist ihre Ausbreitung nicht mehr zu kontrollieren. Nicht umsonst haben neben Frankreich auch Polen, Griechenland, Österreich, Ungarn und die Schweiz den Anbau längst untersagt.